

Lammers, Konrad

Article — Published Version

## Sonderwirtschaftszone Deutschland!

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Lammers, Konrad (2004) : Sonderwirtschaftszone Deutschland!,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 84, Iss. 4, pp. 204

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/42359>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

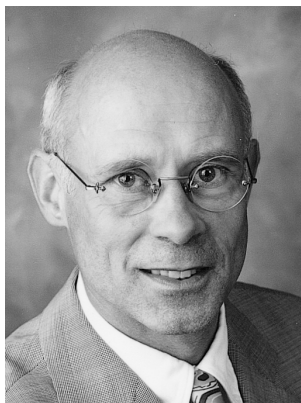
*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Wieder einmal wird diskutiert, wie der Aufbau Ostdeutschlands vorangebracht werden kann. Ausgangspunkt der jetzigen Diskussion ist die These, dass die hohen Transfers von West- nach Ostdeutschland – 4% des westdeutschen BIPs jährlich, ca. 1150 Mrd. Euro seit 1990 – zu etwa zwei Drittel für die deutsche Wachstumsschwäche in der letzten Dekade verantwortlich wären. Diese Transfers hätten nicht die von ihnen erhofften Impulse entfaltet. Um Deutschland insgesamt wieder auf Wachstumskurs zu bringen, sei eine Förderpolitik notwendig, die sich auf die Verarbeitende Industrie und einzelne Wachstumspole in Ostdeutschland konzentriert. Gleichzeitig müsse Ostdeutschland eine Sonderwirtschaftszone werden, in der Abweichungen von den Regulierungen im Bau- und Umweltbereich sowie beim Arbeitsrecht möglich seien. Was ist von dieser Diagnose und den Therapieansätzen zu halten?

Richtig ist, dass Deutschland beim Wirtschaftswachstum im EU-Vergleich seit 1995 auf den letzten Plätzen rangiert. Deutschland hat in der Tat ein massives regionalpolitisches Problem, das mehr als nur leichte Spuren in der Wachstumsbilanz des ganzen Landes hinterlassen hat. Trotz hoher Transfers bleibt die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit 1997 hinter der Westdeutschlands zurück. Die Fehlallokation von Ressourcen ist mit den Händen greifbar: Investitionen in überdimensionierte Kläranlagen und über die Fläche verteilte aufwendig erschlossene Gewerbegebiete, für die sich keine Betriebe finden; Wohnungssanierungen im großen Stil, für die es keine Nachfrage gibt. Der größte Teil der Transfers diente ohnehin der Einkommensstützung; hiervon konnte von Anfang an kein Beitrag zur Steigerung des Wachstumspotentials erwartet werden. Es käme einem ökonomischen Wunder gleich, wenn sich diese



Konrad Lammers

## Sonderwirtschaftszone Deutschland!

Regionalpolitik nicht über kurz oder lang in der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbilanz negativ bemerkbar gemacht hätte.

Der verfehlten Regionalpolitik für Ostdeutschland die Schuld an der deutschen Wachstumsmisere zu geben, greift dennoch bei weitem zu kurz. Deutschlands Position in der europäischen Wachstumshierarchie hatte sich schon in den achtziger Jahren deutlich verschlechtert. Die Wiedervereinigung verstärkte die Notwendigkeit dramatisch, die schon in den Jahren zuvor unterlassenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg zu bringen. Stattdessen wurden die westdeutschen Regulierungen und sozialen Standards unter dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse auf Ostdeutschland übertragen, unter anderem auch deshalb, um unliebsame Konkurrenz von dort zu unterbinden. Die Politik war nicht fähig zu erkennen, zu vermitteln oder durchzusetzen, dass die Wiedervereinigung nur dann ein ökonomischer Erfolg hätte werden können, wenn durch ganz Deutschland ein enormer Reformruck gegangen wäre, der allenthalben zunächst Konsumverzicht und Abschied von lieb gewonnenen sozialen Standards bedeutet hätte.

Was ist zu tun? Sicherlich ist eine Rückführung und Konzentration der Förderung in Zentren Ostdeutschlands richtig. Es ist aber entschieden vor der Vorstellung zu warnen, dass durch regionalpolitische Förderungen nachhaltige Wachstumsimpulse für Ostdeutschland oder gar für ganz Deutschland erzeugt werden könnten. Noch nie hat es in der Wirtschaftsgeschichte eine Region gegeben, die so massiv wie Ostdeutschland durch Transfers gestützt worden ist. Trotz (oder wegen?) dieser Hilfen steht Ostdeutschland im europäischen Regionalvergleich beim Wirtschaftswachstum ganz weit hinten. Anschauungsunterricht, was Aufholprozesse voranbringt, kann in Osteuropa genommen werden. Dort hat sich nach Überwindung der Transformationskrise ein dynamischer Wachstumsprozess eingestellt, ohne dass bislang nennenswerte Transfers geflossen sind. Niedrige Lohn- und Lohnnebenkosten in Kombination mit zum Teil sehr effizienten Steuer- und Sozialsystemen haben diese Regionen zu attraktiven Investitions- und Produktionsstandorten gemacht.

Die standortpolitischen Weichenstellungen in Osteuropa und auch die Erfolgsstory westeuropäischer Aufholländer wie Irland weisen den Weg für erfolgreiche Aufholprozesse: Es ist unerlässlich, die Lohnkosten sowie die Regulierungs- und Sozialstandards den regionalen Möglichkeiten anzupassen. Dort, wo dies nicht so ist – und dies trifft auf weite Teile Ostdeutschlands zu –, gibt es in der Tat keine Alternativen für Wirtschafts-sonderzonen, in denen genau diese Bedingungen hergestellt werden. Allerdings ist der Bedarf für solche Zonen nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Deutschland wird seine Wachstums- und Beschäftigungsprobleme nur überwinden, wenn die Politik ganz Deutschland als Sonderwirtschaftszone begreift.